



Änderungsantrag

der Abgeordneten **Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Peter Meyer, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Dr. Hans Jürgen Fahn, Günther Felbinger, Thorsten Glauber, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Alexander Muthmann, Prof. Dr. Michael Piazzolo, Bernhard Pohl, Gabi Schmidt, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer und Fraktion (FREIE WÄHLER)**

**Haushaltsplan 2015/2016;
hier: Rechtspfleger
(Kap. 04 04 Tit. 422 21)**

Der Landtag wolle beschließen:

Im Entwurf für den Doppelhaushalt 2015/2016 werden folgende Änderungen vorgenommen:

Bei Kap. 04 04 Tit. 422 21 wird der Ansatz für das Jahr 2015 um 240.000 Euro von 7.792.600 Euro auf 8.032.600 Euro und für das Jahr 2016 um 980.00 Euro von 8.846.200 Euro auf 9.826.200 Euro erhöht, um insgesamt 100 neue Stellen der BesGr A 9 (Rechtspflegeranwärter; Rechtspflegeranwärterin) für Rechtspfleger zu schaffen.

Der Stellenplan wird entsprechend angepasst.

Begründung:

Nach der aktuellsten Bedarfsberechnung fehlen in Bayern 258 Rechtspfleger und die Beförderungswartezeiten liegen bei 10 bis 15 Jahren. Auch wenn im letzten Doppelhaushalt 48 neue Stellen geschaffen wurden und im Haushaltsentwurf 2015/2016 23 neue A 10-Stellen zum Abbau der Belastung sowie 70 Anwärterstellen aus dem Nachtragshaushaltsgesetz 2014 vorgesehen sind, so reicht dies nicht aus, um der starken Arbeitsbelastung entgegenzuwirken und die anstehenden Herausforderungen zu meistern. Ein höherer Bedarf wird sich nämlich aus der Einführung des elektronischen Rechtsverkehrs und dem Projekt eAkte ergeben. Außerdem wird der Wegfall der Rechnungsbeamten zu einem Effizienzverlust führen. Für das Jahr 2016 ist die Pilotierung des Datenbankgrundbuchs vorgesehen und für die Digitalisierung zahlreicher eingescannter, handschriftlicher Akten wird ebenfalls Personal notwendig sein. Hinzu kommt, dass in den nächsten Jahren viele Rechtspfleger der einstellungsstarken Jahrgänge in den Ruhestand treten werden und dadurch die Personalnot weiter zunehmen wird. Deshalb werden im Doppelhaushalt 100 zusätzliche Stellen für Rechtspfleger geschaffen.